



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 21-xxxx

**Antrag öffentlich**

Beratungsfolge		Datum
	Gremium	
Öffentlich		

**Ausbau des Bewohnerparkens – Gewerbe und soziales Engagement mitdenken  
Dringlicher Antrag der SPD Fraktion**

Im Rahmen der Mobilitätswende baut Hamburg seit der vergangenen Wahlperiode das Bewohnerparken deutlich aus, insbesondere auch in Altona. Nachdem zunächst im Zuge der Erweiterung des Bewohnerparkens St. Pauli auch Altonaer Straßen aufgenommen wurden, folgten im letzten Jahr das Schanzenviertel und Altona Altstadt. Ottensen soll im Frühjahr realisiert werden. Diese Entwicklung ist ausdrücklich zu begrüßen, der motorisierte Individualverkehr wird reduziert, der Umstieg auf andere Verkehrsmittel gefördert.

Nicht zuletzt durch die Presseberichterstattung wird jedoch deutlich, dass das Instrument des Bewohnerparkens im Rahmen der Straßenverkehrsordnung und auch in der praktischen Handhabung reformbedürftig ist. Die Parkplatzsuche für Bewohnerinnen und Bewohner wird erleichtert, während ortsansässige Firmen und Institutionen vor Probleme gestellt werden.

Anders als das Baugesetzbuch, welches mittlerweile das Miteinander von Wohnen und Arbeiten ausdrücklich fördert, kennt die StVO nur besondere Rechte für Bewohnerinnen und Bewohner, aber nicht für das Gewerbe, Handel und soziale Einrichtungen im Quartier. Auch diese haben aber berechnete Interessen für das Nutzen und Abstellen von Fahrzeugen, wenn es um Lieferungen, Dienstleistungen usw. geht. Ihnen bleibt nur der Weg über teure Ausnahmegenehmigungen oder Tagestickets zum Parken, die aber nicht überall angeboten werden. Andererseits besteht die Gefahr, dass sich der Privatbesitz von PKW erhöht, da im Prinzip jede Bewohnerin/jeder Bewohner einen Parkausweis für wenig Geld erhalten kann, wenn sie/er einen PKW besitzt oder dauerhaft nutzt. Eine Umsteuerung ist nötig, um den Erfolg des Bewohnerparkens nicht zu gefährden.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:**

- 1. Die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende wird gemäß § 27 BezVG gebeten, sich im Rahmen des Bundesrats für eine Änderung der StVO und der dazugehörigen Vorschriften einzusetzen, mit dem Ziel, im Rahmen des Bewohnerparkens eine Gleichstellung von quartiersbezogenen Handels- und Gewerbebetreibern mit den Bewohnerinnen zu erwirken.**
- 2. Um gleichzeitig den PKW Bestand im Quartier nicht weiter zu erhöhen, soll gleichzeitig nur noch ein Bewohnerparkausweis pro Haushalt erteilt werden. Hilfsweise soll die Gebühr für einen zweiten Bewohnerparkausweis pro Haushalt um ein Vielfaches höher liegen, als für den ersten Ausweis.**

3. **Unabhängig von dieser Initiative soll in allen Bewohnerparkgebieten ein Parken über drei Stunden hinaus gegen Gebühr ermöglicht werden.**
4. **Das Verfahren für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen soll digital werden, so dass das Parken von Fahrzeugen am Betrieb flexibel möglich wird (z.B. durch Kontingente anstelle von kennzeichenbezogenen Genehmigungen).**

**Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.**

**Anlage/n:**

Ohne